

Dipl.-Volkswirtin Renate Schulze-Steikow, Dipl.-Volkswirtin Melanie Leidel,
Dipl.-Volkswirt Wolfgang Müller

Öffentliche Finanzen im Jahr 2008

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Jahr 2008 war durch die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geprägt. Am 18. Oktober 2008 trat das Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz in Kraft, das die Errichtung des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) als Sondervermögen des Bundes vorsieht. Die kassenwirksamen Finanztransaktionen des SoFFin werden statistisch im Rahmen der vierteljährlichen Kassenergebnisse seit dem vierten Quartal 2008 als Extrahaushalt des Bundes nachgewiesen. Die Eckwerte der vorläufigen vierteljährlichen Kassenergebnisse kennzeichnen die Situation der öffentlichen Finanzen im Jahr 2008 wie folgt: Die öffentlichen Haushalte erreichten 2008 ein kassenmäßiges Finanzierungsdefizit (in der Abgrenzung der Finanzstatistik, einschließlich des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen) von 2,7 Mrd. Euro; im Vorjahr hatten sie noch einen Finanzierungsüberschuss von 11,1 Mrd. Euro erzielt. Der Zuwachs bei den öffentlichen Ausgaben gegenüber dem Vorjahr lag bei 3,7% (auf 1 053,3 Mrd. Euro), während die öffentlichen Einnahmen um 2,4% (auf 1 050,6 Mrd. Euro) stiegen. Die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte betrug 10,8 Mrd. Euro – das waren 1,9 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr. Die zur Finanzierung der Haushalte aufgenommenen Kreditmarktschulden erreichten zum 31. Dezember 2008 den Stand von 1 515,0 Mrd. Euro.

Der vorliegende Bericht über die öffentlichen Finanzen im Jahr 2008 gibt zunächst einige methodische Hinweise zur vierteljährlichen Kassenstatistik der öffentlichen Haushalte. Daran schließt sich ein zusammenfassender Überblick über die Entwicklung der Finanzen des öffentlichen Gesamthaushalts an – zunächst in den einzelnen Quartalen, danach im

Jahr 2008 insgesamt. Es folgt eine detaillierte Kommentierung der Ausgaben- und Einnahmenentwicklung im Jahr 2008 bei den einzelnen Körperschaftsgruppen.

Vorbemerkung

Die Kassenstatistik erfasst bei den öffentlichen Haushalten vierteljährlich für das abgelaufene Quartal die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen in der Gliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten, die Bauausgaben nach Aufgabenbereichen und den Schuldenstand am Ende eines jeden Vierteljahres nach Schuldarten. Die Kassenstatistik gibt damit regelmäßig einen sehr aktuellen und umfassenden Überblick über die Entwicklung aller öffentlichen Finanzen (Öffentlicher Gesamthaushalt). Die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen werden entsprechend der Gliederung der geltenden Haushaltssystematiken von Bund und Ländern sowie Gemeinden und Gemeindeverbänden statistisch erfasst. Die Zahlungen zwischen den einzelnen öffentlichen Haushalten werden bei der Zusammenfassung zu einer Darstellungsebene finanzstatistisch bereinigt (Konsolidierung). Der Finanzierungssaldo wird berechnet, indem die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen saldiert und die haushaltstechnischen Verrechnungen zur Vermeidung von Doppelzählungen eliminiert werden. Der so ermittelte Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in Abgrenzung der Finanzstatistik weicht aufgrund methodischer Unterschiede von dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechneten Finanzierungssaldo des Staates ab.¹⁾ Letzterer wird auf der Grundlage von Daten in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet und ist für

1) Zu den methodischen Unterschieden im Einzelnen siehe Dietz, O: „Finanzierungssaldo des Staates – einige methodische Anmerkungen“ in WiSta 4/2006, S. 339 ff.

das europäische Verfahren bei einem übermäßigen staatlichen Defizit (Maastricht-Vertrag) maßgeblich.

Die Belastung der öffentlichen Haushalte künftiger Haushaltsjahre aus aufgenommenen Fremdmitteln ergibt sich aus dem Nachweis des Standes der Kreditmarktschulden.

Die öffentlichen Haushalte umfassen die staatlichen Haushalte des Bundes und der Länder (einschließlich der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg), die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile), die kommunalen Haushalte und die gesetzliche Sozialversicherung.

Im Berichtsjahr 2008 zählten zu den öffentlichen Haushalten: der Kernhaushalt des Bundes einschließlich der Extrahaushalte, die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile), die Kernhaushalte der Länder einschließlich der Extrahaushalte, die Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die gesetzliche Sozialversicherung (gesetzliche Krankenversicherung, gesetzliche Pflegeversicherung, gesetzliche Rentenversicherung, Altershilfe für Landwirte, gesetzliche Unfallversicherung) und die Bundesagentur für Arbeit einschließlich Extrahaushalt.

Bei den Kernhaushalten handelt es sich um die von den Parlamenten verabschiedeten Haushalte der Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden sowie Gemeindeverbände. Fortschreitende Ausgliederungen aus diesen Haushalten und die zunehmende Übertragung von öffentlichen Aufgaben auf Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen haben den Vergleich der öffentlichen Finanzen, insbesondere der Länder untereinander, zunehmend beeinträchtigt. Zur Sicherung der Vergleichbarkeit der öffentlichen Finanzen sind daher neben den öffentlichen Kernhaushalten auch die Finanzen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen zu berücksichtigen. Gemäß dem Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG)²⁾ zählen hierzu Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung der öffentlichen Hand, wenn sie in selbstständiger oder unselbstständiger Form mit eigenem Rechnungswesen – kameral oder kaufmännisch – geführt werden. In der vierteljährlichen Kassenstatistik werden seit dem Berichtsjahr 2007 quantitative öffentliche Einrichtungen einbezogen, die nach den Kriterien des ESVG 1995 dem Sektor Staat zuzurechnen sind. Sie werden als Extrahaushalte nachgewiesen.

Die Extrahaushalte des Bundes umfassen das Bundes-eisenbahnvermögen, den Entschädigungsfonds, den Erblastentilgungsfonds, das ERP-Sondervermögen, die Versorgungsrücklage des Bundes, den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V., das Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, den Versorgungsfonds des Bundes, den Finanzmarktstabilisierungsfonds, die Finanzmarktstabilisierungsanstalt, die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft und die Bundesanstalt für Digitalfunk.

Die Extrahaushalte der Länder umfassen die ausgegliederten Hochschulen mit eigenem Rechnungswesen sowie aus

den Kernhaushalten ausgegliederte Statistische Ämter der Länder und Landesbetriebe für Straßenbau/-wesen bzw. für Verkehr und für Datenverarbeitung und Informationstechnik sowie das Sondervermögen Versorgungsrücklage.

Als Extrahaushalt der Sozialversicherung ist der Versorgungsfonds der Bundesagentur für Arbeit statistisch berücksichtigt.

Auf der kommunalen Ebene können aus statistisch-methodischen Gründen vierteljährlich zurzeit ausschließlich die Einnahmen und Ausgaben der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nachgewiesen werden.

Die diesem Bericht zugrunde liegenden vierteljährlichen Kassenergebnisse für das Berichtsjahr 2008 sind vorläufig. Die Ausgaben und Einnahmen der gesetzlichen Unfallversicherung werden vierteljährlich geschätzt, da sie nur jährlich erhoben werden. Die Daten für die kommunalen öffentlichen Haushalte sind bei verschiedenen Ausgabepositionen nur eingeschränkt aussagefähig, da die Einführung neuer doppischer Rechnungssysteme in einigen Ländern Datenlieferprobleme verursachte; die Daten für das Land Hessen mussten geschätzt werden. Bereits veröffentlichte Vorjahresergebnisse für die öffentlichen Haushalte wurden teilweise revidiert.

Öffentlicher Gesamthaushalt

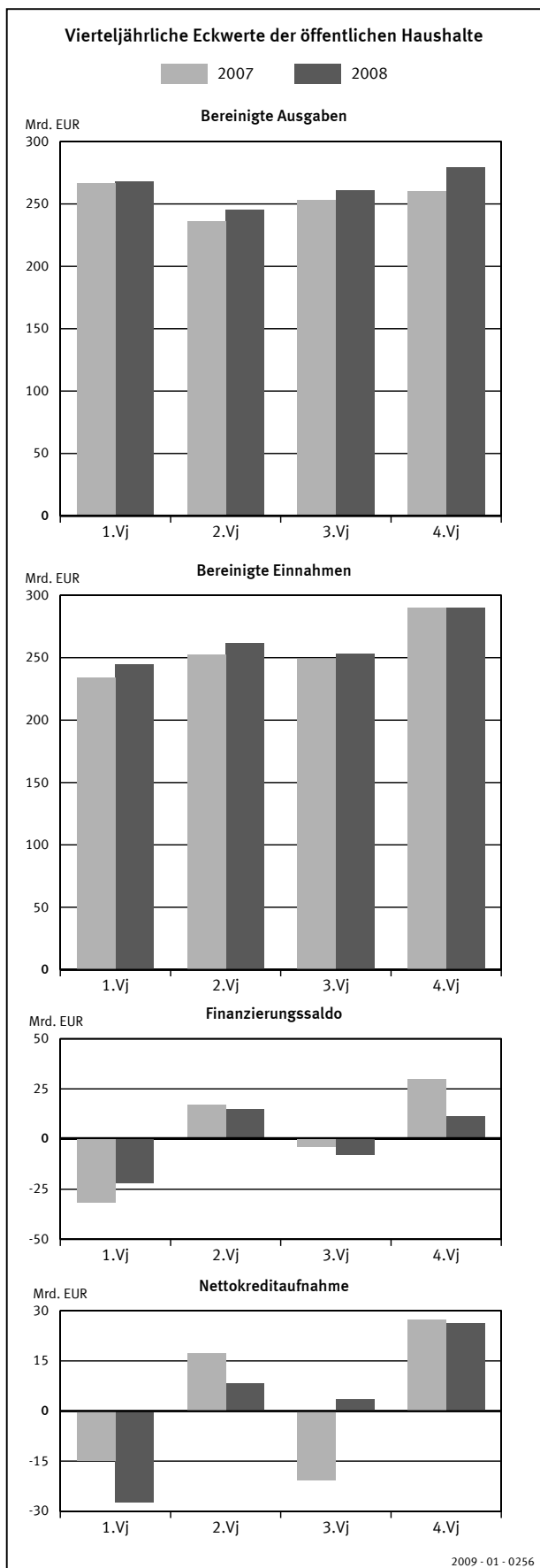
Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Jahr 2008 muss vor dem Hintergrund der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gesehen werden. Die Leistung der deutschen Wirtschaft schwächte sich – gemessen am preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt – im Jahresverlauf 2008 zunehmend ab. Zwar zeigte das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr zunächst noch positive Wachstumsraten, war jedoch im vierten Quartal 2008 mit einem Minus von 1,6 % gegenüber dem vierten Vorjahresquartal rückläufig.³⁾

Schaubild 1 zeigt die Entwicklung der Eckdaten der öffentlichen Haushalte in den einzelnen Quartalen des Jahres 2008 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal. Diese lassen – trotz der Verzerrungen durch den sukzessiven Übergang der Kommunen auf das neue Rechnungswesen – die Auswirkungen der zunehmenden konjunkturellen Abschwächung auf die öffentlichen Finanzen deutlich erkennen. Danach stiegen die öffentlichen Ausgaben im Jahresverlauf mit größer werdenden Zuwachsraten, während sich die öffentlichen Einnahmen mit abnehmender Tendenz entwickelten: Im ersten Quartal 2008 verzeichneten die Ausgaben der öffentlichen Haushalte einen geringen Anstieg von 0,5 % gegenüber dem ersten Vierteljahr 2007; im zweiten und dritten Quartal überschritt der Anstieg gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal die 3-Prozent-Marke und lag im vierten Quartal schließlich bei 7,3 %. In das vierte Quartal fiel der stark gestiegene Erwerb von Beteiligungen durch Bund und Länder – allein beim Finanzmarktstabilisierungs-

2) Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG) vom 22. Februar 2006 (BGBl. I S. 438), zuletzt geändert durch Artikel 15 Abs. 79 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 462).

3) Siehe hierzu Räh, N.: „Rezessionen in historischer Betrachtung“ in WiSta 3/2009, S. 203 ff., sowie die Statistischen Monatszahlen in WiSta 3/2009, S. 80*.

Schaubild 1



fonds in Höhe von 8,2 Mrd. Euro. Hinzu kamen ebenfalls im Jahresverlauf steigende Zuwächse bei den Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Sachinvestitionen.

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte entwickelten sich gegenläufig. Im ersten Quartal 2008 übertrafen sie das Vorjahresniveau um 4,5%, im zweiten Quartal um 3,5% und im dritten nur noch um 1,8%. Im vierten Quartal blieben die öffentlichen Einnahmen mit einem Plus von 0,1% praktisch auf Vorjahresniveau. Haupteinflussgröße auf der Einnahmenseite sind die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, die im Jahresverlauf 2008 ebenfalls geringer werdende Zuwächse aufwiesen: Mit einem Plus von 4,3% im ersten Quartal und 2,2% im vierten Quartal war der Einnahmerückgang hier jedoch nicht ganz so stark wie bei den Gesamteinnahmen. Diese Entwicklung schlug sich auch im Jahresergebnis nieder. Während die öffentlichen Einnahmen bezogen auf alle vier Quartale um 2,4% über dem Vorjahresbetrag lagen, waren es bei den Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben 3,4%.

Im ersten und im dritten Quartal 2008 übertrafen die Ausgaben die Einnahmen, sodass die öffentlichen Haushalte jeweils ein Finanzierungsdefizit (in Abgrenzung der Finanzstatistik, einschließlich des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen) erzielten; dieses fiel im ersten Quartal mit 22,0 Mrd. Euro deutlich höher aus als im dritten Quartal (-7,7 Mrd. Euro). Im zweiten und vierten Quartal 2008 wiesen die öffentlichen Haushalte dagegen Finanzierungsüberschüsse in Höhe von 15,0 Mrd. bzw. 11,3 Mrd. Euro aus. Diese konnten die Finanzierungsdefizite des ersten und dritten Quartals jedoch nicht kompensieren, sodass sich für die öffentlichen Haushalte im Jahr 2008 insgesamt ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 2,7 Mrd. Euro ergab.

Im ersten Quartal des Jahres 2008 tilgten die öffentlichen Haushalte mehr Schulden, als sie aufnahmen, sodass es zu einer Nettotilgung von 27,4 Mrd. Euro kam. In den Folgequartalen überstieg die Schuldenaufnahme jedoch die Schuldentilgung. Die sich aus dem Saldo von Schuldenaufnahme und Schuldentilgung errechnende Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte betrug im zweiten und dritten Quartal 8,2 Mrd. bzw. 3,6 Mrd. Euro und erreichte im vierten Quartal 2008 mit 26,4 Mrd. Euro ihren höchsten Stand – u. a. verursacht durch kreditmarktfinanzierten Beteiligungserwerb im Zusammenhang mit der Finanzmarktstabilisierung. Infolgedessen lag die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte im Jahresergebnis 2008 um 1,9 Mrd. Euro über der des Vorjahres.

Tabelle 1 zeigt die Ausgaben, die Einnahmen und den Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts bezogen auf das gesamte Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr. Im Berichtszeitraum stiegen die öffentlichen Ausgaben insgesamt um 3,7% auf 1 053,3 Mrd. Euro. Für das Personal im öffentlichen Dienst wurden 201,5 Mrd. Euro ausgegeben – das waren 3,0% mehr als im Vorjahr. Stärker als die Gesamtausgaben stiegen die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand (+ 4,5% auf 253,2 Mrd. Euro) und für Sachinvestitionen (+ 5,5% auf 35,6 Mrd. Euro). Die Zinsausgaben stiegen dagegen unterdurchschnittlich (+ 2,0% auf 67,9 Mrd. Euro) und die Ausgaben für soziale Leistungen waren

Tabelle 1: Ausgaben, Einnahmen und Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts¹⁾

Ausgaben ^{2)/Einnahmen^{2)/} Schulden}	2008 ³⁾	2007	Verände- rung
	Mill. EUR		%
Ausgaben	1 053 265	1 016 111	+3,7
darunter:			
Personalausgaben	201 500	195 646	+3,0
Laufender Sachaufwand	253 151	242 153	+4,5
Zinsausgaben	67 865	66 559	+2,0
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ⁴⁾	273 285	257 675	+6,1
Soziale u. ä. Leistungen	358 820	356 676	+0,6
Sachinvestitionen	35 598	33 757	+5,5
Baumaßnahmen	26 290	25 407	+3,5
Erwerb von Sachvermögen ⁵⁾ ...	9 308	8 350	+11,5
Darlehensgewährungen	4 783	6 225	-23,2
Erwerb von Beteiligungen	13 824	3 411	+305,2
Einnahmen	1 050 576	1 026 358	+2,4
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben	944 611	913 741	+3,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	19 388	21 944	-11,6
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ⁴⁾	267 173	249 501	+7,1
Gebühren u. ä. Entgelte	28 638	28 190	+1,6
Veräußerung von Beteiligungen ..	7 249	12 285	-41,0
Finanzierungssaldo ⁶⁾	-2 711	11 069	X
Nettokreditaufnahme	10 798	8 947	X
Schuldenaufnahme	315 670	301 609	+4,7
Schuldentilgung	304 872	292 662	+4,2
Stand der Schulden am 31. Dezember			
Kreditmarktschulden	1 515 043	1 499 473	+1,0
Kassenverstärkungskredite ⁷⁾	61 773	50 450	+22,4

1) Einschl. der Extrahaushalte des Bundes, der Sozialversicherung und der Länder. – 2) Bereinigte Ausgaben/Einnahmen. – 3) Gemeinden/Gv. teilweise geschätzt. – 4) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 5) Einschl. nicht aufteilbarer sonstiger Sachinvestitionen. – 6) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 7) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe.

insgesamt nur geringfügig höher als im Vorjahr (+0,6% auf 358,8 Mrd. Euro). Für den Erwerb von Beteiligungen gaben die öffentlichen Haushalte erheblich mehr als im Vorjahr aus – vor allem im vierten Quartal 2008 als Folge des von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmenpaketes zur Stabilisierung der Finanzmärkte, in dem der Finanzmarktstabilisierungsfonds von zentraler Bedeutung ist. Von den 13,8 Mrd. Euro, die die öffentlichen Haushalte im Jahr 2008 für den Erwerb von Beteiligungen ausgaben, entfielen auf den Bund 8,9 Mrd. Euro (darunter Finanzmarktstabilisierungsfonds: 8,2 Mrd. Euro) und auf die Länder 3,8 Mrd. Euro (2007 waren es beim Bund 0,6 Mrd. Euro, bei den Ländern 1,7 Mrd. Euro). Rückläufig waren 2008 die Darlehensgewährungen der öffentlichen Hand (-23,2% auf 4,8 Mrd. Euro).

Die öffentlichen Einnahmen stiegen im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um 2,4% auf 1 050,6 Mrd. Euro. Aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, ihrer wichtigsten Einnahmenquelle, erzielten die öffentlichen Haushalte um 3,4% auf 944,6 Mrd. Euro gestiegene Einnahmen. Die Steuereinnahmen des Bundes lagen um 3,6%, die der Länder um 4,3% und die der Gemeinden und Gemeindeverbände sogar um 6,2% über dem Vorjahresniveau. Vergleichsweise niedrig fiel demgegenüber mit 1,8% der Zuwachs bei den Beitragseinnahmen der Sozialversicherung aus. Die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten stiegen insgesamt eben-

falls nur um 1,6% auf 28,6 Mrd. Euro. Rückläufig waren die Einnahmen aus der wirtschaftlichen Tätigkeit der öffentlichen Haushalte (-11,6% auf 19,4 Mrd. Euro) und die Erlöse aus Beteiligungsveräußerungen (-41,0% auf 7,2 Mrd. Euro), die bei den Ländern erheblich niedriger ausfielen (-86,6% auf 0,9 Mrd. Euro) als im Vorjahr.

Als Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben errechnet sich für das Berichtsjahr 2008 ein kassenmäßiges Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte in Höhe von 2,7 Mrd. Euro (in der Abgrenzung der Finanzstatistik, einschließlich des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen). Im Jahr 2007 hatten die öffentlichen Haushalte noch einen Finanzierungsüberschuss von 11,1 Mrd. Euro erzielt. Der Bund wies auch im Jahr 2008 ein Finanzierungsdefizit aus, das im Vorjahresvergleich um 2,0 Mrd. Euro auf 17,6 Mrd. Euro stieg. Die Finanzierungsüberschüsse der übrigen öffentlichen Haushalte waren im Berichtszeitraum rückläufig: Der Finanzierungsüberschuss der Länder verringerte sich beträchtlich, und zwar um 8,1 Mrd. Euro auf 1,0 Mrd. Euro. Mit 1,2 Mrd. Euro vergleichsweise gering fiel demgegenüber der Rückgang bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden aus, die 2008 noch einen Finanzierungsüberschuss von 7,4 Mrd. Euro aufwiesen. Die gesetzliche Sozialversicherung erreichte 2008 einen Finanzierungsüberschuss von 6,5 Mrd. Euro, er lag um 2,5 Mrd. Euro unter dem Vorjahresbetrag.

Die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte erreichte 2008 insgesamt den Betrag von 10,8 Mrd. Euro, der das Ergebnis des Vorjahres um 1,9 Mrd. Euro übertraf. Der Bund steigerte die Nettokreditaufnahme um 5,7 Mrd. Euro auf 19,7 Mrd. Euro, während die Länder und die Gemeinden und Gemeindeverbände erneut mehr Kreditmarktschulden tilgten, als sie neu aufnahmen. Die Nettotilgung der Länder betrug 6,0 Mrd. Euro, die der Gemeinden und Gemeindeverbände 3,0 Mrd. Euro.

Die zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte aufgenommenen Kreditmarktschulden erreichten zum 31. Dezember 2008 den Stand von 1 515,0 Mrd. Euro (Stand am 31.12.2007: 1 499,5 Mrd. Euro). Neben diesen Schulden hatten die öffentlichen Haushalte am Jahresende 2008 noch 61,8 Mrd. Euro kurzfristige Verbindlichkeiten (31.12.2007: 50,5 Mrd. Euro), die in den Vorjahren zur Deckung vorübergehender Liquiditätsengpässe aufgenommen worden waren (Kassenverstärkungskredite).

Bund

Im Jahr 2008 betragen die Ausgaben des Bundes einschließlich der Extrahaushalte (nach Bereinigung um Zahlungen untereinander) 316,6 Mrd. Euro. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 4,4%. Im Kernhaushalt des Bundes beliefen sich die Ausgaben auf 304,6 Mrd. Euro (+4,0%), die Extrahaushalte verzeichneten Ausgaben von 24,0 Mrd. Euro (+23,7%). Zur Entwicklung bei den Extrahaushalten trug insbesondere die Errichtung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ im Rahmen der Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Finanzkrise bei. Im Jahr 2008 betragen die Ausgaben des Finanzmarktstabilisierungsfonds für den Erwerb von Beteiligungen

8,2 Mrd. Euro – finanziert durch Schuldenaufnahme am Kreditmarkt.

Den größten Ausgabeposten des Bundes (unter Einbeziehung der Extrahaushalte) bildeten die laufenden Zuweisungen (einschließlich Schuldendiensthilfen) an den öffentlichen Bereich. Im Jahr 2008 betragen diese 140,9 Mrd. Euro und lagen damit um 3,3 % höher als 2007. Während allerdings die Zuweisungen an die Sozialversicherungsträger nur um 1,4 % auf 99,1 Mrd. Euro stiegen und die Zahlungen des Bundes im Rahmen des Länderfinanzausgleichs mit 15,0 Mrd. Euro ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2007 (+0,4 %) blieben, haben sich die Zuweisungen des Bundes an Sondervermögen im Vergleich zum Vorjahr auf 10,8 Mrd. Euro verdoppelt, insbesondere aufgrund des Bundeszuschusses an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.⁴⁾. Rückläufig waren die Erstattungen des Bundes an die Kommunen für deren Hilfen an die Empfänger von Arbeitslosengeld II für Unterkunft und Heizung; 2008 betragen sie 3,9 Mrd. Euro (-10,2 %). Ursache für den Rückgang war neben der geringeren Zahl an Bedarfsgemeinschaften auch die niedrigere durchschnittliche Beteiligungsquote des Bundes an diesen Leistungen (29,2 % im Jahr 2008 gegenüber 31,8 % im Jahr 2007).

Die laufenden Zuschüsse des Bundes (einschließlich Schuldendiensthilfen) an sonstige nicht öffentliche Bereiche stiegen im Jahr 2008 um 3,8 % auf 51,2 Mrd. Euro. Rückläufig waren dabei die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld II im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV) infolge der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt; sie sanken um 4,5 % auf 21,6 Mrd. Euro (in Tabelle 2 unter „Soziale u. ä. Leistungen“ nachgewiesen). Neben dem Arbeitslosengeld II setzt sich diese Grundsicherung zusammen aus den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit, Verwaltungskostenerstattungen an die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen sowie der oben erwähnten Beteiligung des Bundes an den Kosten der Kommunen für Unterkunft und Heizung von Empfängern von Arbeitslosengeld II. Insgesamt summierten sich die Ausgaben, die im Rahmen des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) vom Bund getätigt wurden, im Jahr 2008 auf 34,6 Mrd. Euro und lagen damit um 2,4 % unter dem Vorjahresniveau.

Die Ausgaben für die Zahlung des Elterngeldes (in Tabelle 2 ebenfalls in der Position „Soziale u. ä. Leistungen“ enthalten) beliefen sich im Jahr 2008 auf 4,2 Mrd. Euro. Das Elterngeld wurde zum 1. Januar 2007 eingeführt und ersetzt das

Tabelle 2: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der staatlichen Haushalte¹⁾

Ausgaben ^{2)/Einnahmen^{2)/} Schulden}	Bund			Sozialversicherung			EU-Anteile			Länder		
	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%
Ausgaben	316 581	303 175	+4,4	477 384	467 198	+2,2	22 414	21 374	+4,9	277 674	266 193	+4,3
darunter:												
Personalausgaben	40 205	38 846	+3,5	15 933	15 051	+5,9	-	-	-	103 067	101 216	+1,8
Laufender Sachaufwand	19 842	18 909	+4,9	170 161	163 412	+4,1	-	-	-	28 636	26 873	+6,6
Zinsausgaben	40 856	39 707	+2,9	569	424	+34,2	-	-	-	21 282	21 315	-0,2
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ³⁾	140 883	136 362	+3,3	16 946	12 329	+37,4	-	-	-	74 948	71 154	+5,3
Soziale u. ä. Leistungen	29 125	29 127	-0,0	283 258	282 476	+0,3	-	-	-	7 739	7 494	+3,3
Sachinvestitionen	7 202	6 906	+4,3	419	390	+7,4	-	-	-	7 126	6 461	+10,3
Baumaßnahmen	5 778	5 478	+5,5	136	153	-11,1	-	-	-	4 538	4 354	+4,2
Erwerb von Sachvermögen ⁴⁾	1 425	1 427	-0,1	283	238	+18,9	-	-	-	2 588	2 107	+22,8
Darlehensgewährungen	2 424	4 181	-42,1	17	16	+6,3	-	-	-	1 859	1 636	+13,6
Erwerb von Beteiligungen	8 904	632	+1 309,0	67	60	+11,7	-	-	-	3 781	1 671	+126,3
Einnahmen	298 895	286 589	+4,3	483 978	476 324	+1,6	22 414	21 374	+4,9	278 669	275 305	+1,2
darunter:												
Steuern und steuerähnliche Abgaben	260 945	251 842	+3,6	382 145	375 217	+1,8	23 525	21 374	+10,1	207 564	198 996	+4,3
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	5 400	7 032	-23,2	23	22	+4,5	-	-	-	5 468	5 339	+2,4
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ³⁾	19 369	11 274	+71,8	108 914	105 547	+3,2	-	-	-	51 511	50 274	+2,5
Gebühren u. ä. Entgelte	5 642	5 271	+7,0	38	35	+8,6	-	-	-	7 230	7 020	+3,0
Veräußerung von Beteiligungen	5 797	4 516	+28,4	1	1	-	-	-	-	893	6 668	-86,6
Finanzierungssaldo ⁵⁾	-17 647	-15 606	X	6 487	8 975	X	-	-	-	1 029	9 094	X
Nettokreditaufnahme	19 734	14 060	X	-	-	-	-	-	-	-5 975	-2 581	X
Schuldenaufnahme	237 780	227 592	+4,5	-	-	-	-	-	-	70 623	65 883	+7,2
Schuldentilgung	218 046	213 532	+2,1	-	-	-	-	-	-	76 598	68 464	+11,9
Stand der Schulden am 31. Dezember												
Kreditmarktschulden	956 866	937 645	+2,0	-	-	-	-	-	-	481 717	482 820	-0,2
Kassenverstärkungskredite ⁶⁾	28 880	19 624	+47,2	-	-	-	-	-	-	3 205	2 411	+32,9

1) Einschl. der Extrahaushalte des Bundes, der Sozialversicherung und der Länder. – 2) Bereinigte Ausgaben/Einnahmen. – 3) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 4) Einschl. nicht aufteilbarer sonstiger Sachinvestitionen. – 5) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 6) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe.

4) Vom Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. erhalten ehemalige Postbeamtinnen und -beamte Versorgungs- und Beihilfeleistungen. Die Finanzierung erfolgt durch den Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Während der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. in den Jahren 2005 bis 2007 seinen Bedarf weitestgehend durch den Verkauf seiner Forderungen gegenüber den Postnachfolgeunternehmen decken konnte, waren 2008 wieder Zahlungen des Bundes erforderlich.

bisherige Erziehungsgeld. In der Anlaufphase im Jahr 2007 betragen die Ausgaben 1,7 Mrd. Euro.

Die Personalausgaben des Bundes betragen im Jahr 2008 40,2 Mrd. Euro (+ 3,5 %). Der Anstieg der Personalausgaben resultierte vor allem aus den Ergebnissen der Tarifverhandlungen und der entsprechenden Übernahme der Regelungen im Beamtenbereich. Die Zinsausgaben des Bundes sind vor allem abhängig von Höhe und Struktur der Bundesschulden sowie vom Zinsniveau. Die Erhöhung der Zinsausgaben im Jahr 2008 um 2,9 % auf 40,9 Mrd. Euro war größtenteils auf die gestiegene Gesamtverschuldung zurückzuführen.

Der laufende Sachaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen, um 4,9 % auf 19,8 Mrd. Euro. Ursache war vor allem die Steigerung der Ausgaben für militärische Beschaffungen und Anlagen, die sich 2008 um 8,0 % auf 9,6 Mrd. Euro erhöhten.

Die Ausgaben des Bundes für Sachinvestitionen betragen im Jahr 2008 7,2 Mrd. Euro, 4,3 % mehr als im Jahr zuvor. Dabei erhöhten sich die Ausgaben für Baumaßnahmen (rund drei Viertel davon für Straßen) sogar um 5,5 %.

Die Ausgaben für Darlehensgewährungen gingen von 4,2 Mrd. Euro im Jahr 2007 auf 2,4 Mrd. Euro im Jahr 2008 zurück, vor allem bedingt durch die Neustrukturierung des ERP-Sondervermögens. Die Vermögensübertragungen blieben mit 17,1 Mrd. Euro insgesamt etwa auf dem Niveau von 2007 (-1,4 %). Während 2007 eine einmalige Zuweisung von 2,2 Mrd. Euro an das Sondervermögen „Kinderbetreuungsbaus“ erfolgte, schlugen im Jahr 2008 die Zahlungen an die Deutsche Post AG⁵⁾ in Höhe von 1,1 Mrd. Euro sowie das Darlehen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Zusammenhang mit dem Zuweisungsgeschäft IKB (Deutsche Industriebank AG)⁶⁾ in Höhe von 1,2 Mrd. Euro zu Buche.

Die Einnahmen des Bundes (einschließlich der Extrahaushalte) erhöhten sich im Vergleich zu 2007 um 4,3 % auf 298,9 Mrd. Euro. Im Kernhaushalt des Bundes wurden Einnahmen in Höhe von 292,8 Mrd. Euro (+5,3 %) erzielt. Die Einnahmen der Extrahaushalte des Bundes betragen 18,1 Mrd. Euro (+3,4 %). Der Finanzmarktstabilisierungsfonds verbuchte Einnahmen in Höhe von 63 Mill. Euro, die sich aus Zinseinnahmen sowie Einnahmen aus Gebühren und sonstigen Entgelten zusammensetzten. Die Einnahmen des Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. haben sich im Vergleich zum Jahr 2007 aufgrund des oben erwähnten Bundeszuschusses mit 8,1 Mrd. Euro mehr als verdreifacht.

Die Einnahmen des Bundes aus Steuern (einschließlich EU-Eigenmitteln) und steuerähnlichen Abgaben betragen im Jahr 2008 insgesamt 260,9 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Steigerung um 3,6 %. Während die

Einnahmen aus reinen Bundessteuern⁷⁾ mit 86,3 Mrd. Euro ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres blieben (+0,7 %), war bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer ein kräftiges Plus von 6,5 % auf 90,5 Mrd. Euro zu verzeichnen. Einen noch deutlicheren Anstieg um 20,4 % auf 5,9 Mrd. Euro gab es bei den Bundeseinnahmen aus dem Zinsabschlag, der vor allem noch durch die Auswirkungen der Kürzung des Sparer-Freibetrags zum 1. Januar 2007 bedingt ist. Die Einnahmen des Bundes aus der Umsatzsteuer stiegen um 3,3 % auf 95,8 Mrd. Euro.

Seine Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit lagen im Jahr 2008 mit 5,4 Mrd. Euro um 23,2 % unter dem Wert des Jahres 2007. Der Rückgang ist größtenteils auf das ERP-Sondervermögen zurückzuführen, das 2007 Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit in Höhe von 2,0 Mrd. Euro verbuchte, 2008 jedoch nur von 27 Mill. Euro. Im Kernhaushalt des Bundes stiegen die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit um 6,8 %.

Die laufenden Zuweisungen (einschließlich Schuldendiensthilfen) vom öffentlichen Bereich beliefen sich im Jahr 2008 auf 19,4 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um 71,8 %. Dieser Anstieg ist zum einen bedingt durch den bereits erwähnten Bundeszuschuss an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V., zum anderen resultiert er aus der Einführung des sogenannten Eingliederungsbeitrags der Bundesagentur für Arbeit (5,0 Mrd. Euro im Jahr 2008). Nach § 46 Abs. 4 SGB II beteiligt sich die Bundesagentur für Arbeit zur Hälfte an den dem Bund jährlich entstehenden Aufwendungen für Eingliederungsleistungen und Verwaltung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Dafür wurde der sogenannte Aussteuerungsbetrag⁸⁾ der Bundesagentur für Arbeit abgeschafft (1,9 Mrd. Euro im Jahr 2007).

Die Einnahmen aus Gebühren und ähnlichen Entgelten stiegen um 7,0 % auf 5,6 Mrd. Euro. Hierzu trug auch die Entwicklung der Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw-Maut bei, die sich um 5,5 % auf 3,5 Mrd. Euro erhöhten. Bei den Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen war ein kräftiges Plus von 28,4 % auf 5,8 Mrd. Euro zu verzeichnen, zu dem Erlöse aus der weiteren Privatisierung der Deutschen Telekom und der Deutschen Post wesentlich beigetragen haben.

Als Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben (einschließlich haushaltstechnischer Verrechnungen) ergab sich für den Bund im Jahr 2008 ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 17,6 Mrd. Euro. Im Jahr 2007 hatte das Finanzierungsdefizit rund 2 Mrd. Euro weniger betragen.

Im Jahr 2008 nahm der Bund 19,7 Mrd. Euro mehr neue Schulden auf, als er tilgte. Die Schuldenaufnahme stieg im Vergleich zu 2007 um 4,5 % auf 237,8 Mrd. Euro. Die Schulden tilgung erhöhte sich um 2,1 % auf 218,0 Mrd. Euro.

5) Aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes wurde eine Beihilfeentscheidung der EU-Kommission aus dem Jahr 2002 aufgehoben, sodass sich ein Rückerstattungsanspruch der Deutschen Post AG ergab.

6) Die KfW hatte im Auftrag des Bundes kapitalstärkende Maßnahmen zur Rettung der IKB ergriffen. Zum Ausgleich daraus entstehender Verluste erhielt die KfW vom Bund ein bedingt rückzahlbares unverzinsliches Darlehen im Nominalwert von 1,2 Mrd. Euro.

7) Zu den Bundessteuern zählen Tabaksteuer, Versicherungssteuer, Energiesteuer, Branntweinsteuer, Schaumweinsteuer, Kaffeesteuer, Stromsteuer sowie der Solidaritätszuschlag.

8) Dabei handelte es sich um eine „Gebühr“, die die Bundesagentur für Arbeit für jeden Arbeitslosen, der nicht innerhalb von zwölf Monaten vermittelt werden konnte und somit vom Bezug des Arbeitslosengeldes I (Haushalt der Bundesagentur für Arbeit) in den Bezug des Arbeitslosengeldes II (Bundeshaushalt) wechselte, an den Bund zahlen musste.

Am 31. Dezember 2008 beliefen sich die Kreditmarktschulden des Bundes auf 956,9 Mrd. Euro, knapp 20 Mrd. Euro mehr als am 31. Dezember 2007. Während im ersten Quartal 2008 noch ein leichter Rückgang des Schuldenstandes zu verzeichnen war, hat sich die Zunahme des Schuldenstandes im weiteren Verlauf des Jahres beschleunigt. Der Stand der Kassenverstärkungskredite zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe betrug am 31. Dezember 2008 28,9 Mrd. Euro und war damit knapp anderthalb Mal so hoch wie am 31. Dezember 2007.

Sozialversicherung

Die bereinigten Ausgaben der gesetzlichen Sozialversicherung summierten sich im Jahr 2008 insgesamt auf 477,4 Mrd. Euro und lagen damit um 2,2% über dem Vorjahreswert. Die bereinigten Einnahmen stiegen um 1,6% auf 484,0 Mrd. Euro. Als Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben (einschließlich haushaltstechnischer Verrechnungen) ergab sich für das Jahr 2008 ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 6,5 Mrd. Euro (2007: 9,0 Mrd. Euro).

Gesetzliche Krankenversicherung

Auf die gesetzliche Krankenversicherung entfällt rund ein Drittel der Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Sozialversicherung. Im Vergleich zum Jahr 2007 sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 2008 um 4,7% auf 162,0 Mrd. Euro gestiegen. Davon entfielen 151,1 Mrd. Euro auf Ausgaben für Gesundheitsleistungen. Hier gab es einen deutlichen Anstieg der Ausgaben für ärztliche Behandlungen um 5,0% auf 26,1 Mrd. Euro sowie der Ausgaben für Arznei-, Verband- und Hilfsmittel aus Apotheken um 5,3% auf 29,2 Mrd. Euro. Bei der Krankenhausbehandlung fiel der Ausgabenanstieg mit 3,5% auf 50,9 Mrd. Euro etwas geringer aus, ebenso bei den zahnärztlichen Behandlungen einschließlich Zahnersatz mit 2,6% auf 11,0 Mrd. Euro. Die genannten Aufwendungen werden in der Finanzstatistik als laufender Sachaufwand ausgewiesen.

Die Ausgaben der Krankenversicherung für Krankengeld (in Tabelle 2 unter „Soziale u. ä. Leistungen“ nachgewiesen) betragen im Jahr 2008 6,6 Mrd. Euro und sind im Vergleich zum Vorjahr kräftig (+9,1%) gestiegen.

Die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung beliefen sich im Jahr 2008 auf 162,8 Mrd. Euro. Mit einer Zunahme um 4,0% gegenüber 2007 sind die Einnahmen weniger stark gestiegen als die Ausgaben. Dementsprechend verzeichnete die gesetzliche Krankenversicherung im Jahr 2008 als Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben nur noch einen geringen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 0,7 Mrd. Euro (2007: 1,8 Mrd. Euro).

Gesetzliche Rentenversicherung

Den größten Anteil an den Finanzen der gesetzlichen Sozialversicherung hat die gesetzliche Rentenversicherung mit

jeweils rund der Hälfte der Einnahmen bzw. Ausgaben. Im Jahr 2008 betragen die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung 238,0 Mrd. Euro. Der Anstieg der Ausgaben um 1,4% fiel hier im Vergleich zu den anderen Zweigen der gesetzlichen Sozialversicherung unterdurchschnittlich aus. Die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung stiegen um 2,6% auf 241,7 Mrd. Euro. Bei unverändertem Beitragssatz von 19,9% erhöhten sich die Beitragseinnahmen um 3,3% auf 167,6 Mrd. Euro. Als Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergab sich für die gesetzliche Rentenversicherung im Jahr 2008 ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 3,7 Mrd. Euro, nach 1,0 Mrd. Euro im Jahr 2007.

Bundesagentur für Arbeit

Die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (einschließlich des Versorgungsfonds) beliefen sich im Jahr 2008 auf 36,7 Mrd. Euro und lagen damit um 2,2% unter dem Vorjahreswert. Zu diesem Rückgang haben wesentlich die gesunkenen Aufwendungen für das Arbeitslosengeld beigetragen, bedingt durch die rückläufige Zahl der Leistungsempfänger. Während im Jahr 2007 noch 16,9 Mrd. Euro an Arbeitslosengeld gezahlt wurden (in Tabelle 2 unter „Soziale u. ä. Leistungen“ nachgewiesen), waren es 2008 mit 13,9 Mrd. Euro 18,1% weniger. Gegenüber dem bisherigen Aussteuerungsbetrag (1,9 Mrd. Euro im Jahr 2007) waren die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit an den Bund für den Eingliederungsbeitrag in Höhe von 5,0 Mrd. Euro⁹⁾ mehr als doppelt so hoch.

Die Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit betragen im Jahr 2008 38,4 Mrd. Euro, 13,2% weniger als im Jahr 2007. Hauptgrund dafür war die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 4,2 auf 3,3% zum 1. Januar 2008, wodurch die Beitragseinnahmen um 18,0% auf 26,5 Mrd. Euro zurückgingen. Dagegen stiegen die Einnahmen aus der Verwaltungskostenerstattung des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV) um 3,0% auf 2,3 Mrd. Euro. Die Einnahmen aus der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung erhöhten sich deutlich um 17,2% auf 7,6 Mrd. Euro.

Als Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergibt sich für die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2008 ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 1,6 Mrd. Euro. Im Jahr 2007 war der Finanzierungsüberschuss mit 6,6 Mrd. Euro noch deutlich höher ausgefallen.

Gesetzliche Pflegeversicherung

Die Ausgaben der gesetzlichen Pflegeversicherung lagen im Jahr 2008 mit 19,1 Mrd. Euro um 4,4% über dem Vorjahreswert. Bei den Einnahmen war ein kräftiger Zuwachs um 9,7% auf 19,8 Mrd. Euro zu verzeichnen, der wesentlich auf die Erhöhung des Beitragssatzes von 1,7 auf 1,95% (für Kinderlose von 1,95 auf 2,2%) zum 1. Juli 2008 zurückzuführen ist. Nach einem Finanzierungsdefizit in Höhe von

⁹⁾ Siehe dazu auch das Kapitel „Bund“.

0,3 Mrd. Euro im Jahr 2007 konnte die gesetzliche Pflegeversicherung als Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben im Jahr 2008 einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 0,6 Mrd. Euro verbuchen.

EU-Anteile

Die deutschen Finanzanteile an der Europäischen Union (EU-Anteile) beliefen sich im Jahr 2008 auf 22,4 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahreswert von 21,4 Mrd. Euro entspricht dies einer Steigerung um 4,9%.

Auf der Einnahmenseite handelt es sich um die der Europäischen Union zustehenden, in Deutschland aufkommenden Einnahmen aus Zöllen, Agrarabschöpfungen, die Mehrwertsteuer-Eigenmittel und die auf Basis des deutschen Bruttonationaleinkommens ermittelten Eigenmittel der Europäischen Union.

Auf der Ausgabenseite handelt es sich um die Marktordnungsleistungen der Europäischen Union für Deutschland sowie den Saldo zwischen diesen EU-Ausgaben und den der Europäischen Union zustehenden Einnahmen aus Deutschland, der finanzstatistisch als Zuschuss an das Ausland nachgewiesen wird.

Länder

Die um die Zahlungen untereinander bereinigten Ausgaben der Länder (einschließlich ihrer Extrahaushalte) beliefen sich im Jahr 2008 auf 277,7 Mrd. Euro und lagen damit um 4,3% über dem Vorjahreswert. Der Ausgabenanstieg bei Bund und Ländern war somit ungefähr gleich stark.

Innerhalb der Länder war der stärkste Ausgabenanstieg in den westdeutschen Flächenländern festzustellen, mit einer Steigerung um 5,3% auf 196,8 Mrd. Euro. Dagegen erhöhten sich die Ausgaben in den ostdeutschen Flächenländern nur um 1,9% auf 52,0 Mrd. Euro. Die Stadtstaaten verzeichneten einen Anstieg von 2,9% auf 36,6 Mrd. Euro.

Die Personalausgaben bilden bei den Ländern aufgrund der Zuständigkeit für personalintensive Aufgaben wie Bildung und innere Sicherheit den größten Ausgabenblock. Im Jahr 2008 machten die Personalausgaben 37,1% der Gesamtausgaben der Länder aus, beim Bund lag dieser Anteil dagegen nur bei 12,7%. Im Vergleich zum Jahr 2007 stiegen die Personalausgaben der Länder insgesamt um 1,8% auf 103,1 Mrd. Euro. Während die ostdeutschen Flächenländer nur eine geringfügige Erhöhung der Personalausgaben um 0,3% verzeichneten, stiegen die Personalausgaben in den westdeutschen Flächenländern um 2,1% und in den Stadtstaaten um 1,7%. Die zu den Personalausgaben zählenden Versorgungsbezüge erreichten im Jahr 2008 in den Ländern ein Ausgabevolumen von 19,6 Mrd. Euro (+ 4,3%).

Der laufende Sachaufwand erhöhte sich im Vergleich zu 2007 deutlich um 6,6% auf 28,6 Mrd. Euro. Die Zinsaus-

gaben der Länder betragen 21,3 Mrd. Euro (-0,2%). In den Stadtstaaten war das Verhältnis der Zinsausgaben zu den Gesamtausgaben im Jahr 2008 mit 10,9% deutlich höher als in den westdeutschen (7,1%) und ostdeutschen Flächenländern (6,5%). Jedoch sind die Zinsausgaben in den Stadtstaaten im Vergleich zum Jahr 2007 stärker gesunken als in den ostdeutschen Flächenländern, während in den westdeutschen Flächenländern ein leichter Anstieg zu verzeichnen war.

Die laufenden Zuweisungen der Länder (einschließlich Schuldendiensthilfen) an den öffentlichen Bereich summierten sich im Jahr 2008 auf 74,9 Mrd. Euro (+ 5,3%). Bei knapp der Hälfte dieser Zuweisungen (33,2 Mrd. Euro) handelte es sich um allgemeine Finanzzuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs der Länder untereinander erhöhten sich im Jahr 2008 um 8,8% auf 8,8 Mrd. Euro. Mithilfe des Länderfinanzausgleichs sollen Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern ausgeglichen werden.¹⁰⁾

Die Ausgaben der Länder für Sachinvestitionen im Jahr 2008 betragen 7,1 Mrd. Euro und sind im Vergleich zum Vorjahr kräftig um 10,3% gestiegen. Von den darin enthaltenen gesamten Ausgaben für Baumaßnahmen von 4,5 Mrd. Euro (+ 4,2%) entfielen jeweils 1,2 Mrd. Euro auf den Bau von Hochschulen einschließlich Hochschulkliniken (+ 9,0%) und auf den Bau von Straßen (+ 4,2%).

Die bereinigten Einnahmen der Länder (einschließlich der Extrahaushalte) beliefen sich im Jahr 2008 auf 278,7 Mrd. Euro. Mit 1,2% fiel der Anstieg der Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr bei den Ländern insgesamt deutlich geringer aus als beim Bund (+ 4,3%). Während die Einnahmen in den westdeutschen Flächenländern um 3,6% stiegen, blieben sie in den ostdeutschen Flächenländern nahezu unverändert und sanken in den Stadtstaaten aufgrund einer Sonderentwicklung im Land Berlin um 7,1%.

Mit 207,6 Mrd. Euro entsprachen die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben im Jahr 2008 rund drei Vierteln der Gesamteinnahmen der Länder. Bei den Ländern fiel der Anstieg der Steuereinnahmen mit 4,3% etwas höher aus als beim Bund (+ 3,6%). Die Einnahmen der Länder aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer stiegen um 6,4% auf 90,4 Mrd. Euro, die Einnahmen aus der Umsatzsteuer um 3,6% auf 76,2 Mrd. Euro. Dagegen sanken die Einnahmen aus reinen Landessteuern¹¹⁾ um 3,9% auf 21,9 Mrd. Euro.

Die Einnahmen der Länder aus wirtschaftlicher Tätigkeit summierten sich auf 5,5 Mrd. Euro (+ 2,4%), die Einnahmen aus Gebühren und ähnlichen Entgelten stiegen um 3,0% auf 7,2 Mrd. Euro.

Die laufenden Zuweisungen (einschließlich Schuldendiensthilfen) vom öffentlichen Bereich betragen 51,5 Mrd. Euro und lagen damit um 2,5% über dem Vorjahreswert. Die Bun-

10) Siehe dazu auch Dietz, O.: „Finanzausgleich Bund – Länder“ in WiSta 5/2000, S. 351 ff.

11) Zu den reinen Landessteuern zählen unter anderem Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer, Feuerschutzsteuer, Biersteuer.

deszuweisungen beliefen sich dabei auf 29,9 Mrd. Euro, sie waren um 1,5 % niedriger als im Jahr 2007.

Für die Länder insgesamt ergibt sich im Jahr 2008 als Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben (einschließlich haushaltstechnischer Verrechnungen) ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 1,0 Mrd. Euro. Im Jahr 2007 hatte der Finanzierungsüberschuss noch 9,1 Mrd. Euro betragen.

Im Gegensatz zum Bund konnten die Länder im Jahr 2008 insgesamt rund 6,0 Mrd. Euro mehr Schulden tilgen, als sie neu aufnahmen. Die Schuldenaufnahme stieg um 7,2 % auf 70,6 Mrd. Euro, die Schuldentilgung um 11,9 % auf 76,6 Mrd. Euro.

Die Länder wiesen am 31. Dezember 2008 mit 481,7 Mrd. Euro nur einen geringfügig niedrigeren Schuldenstand als am 31. Dezember 2007 aus (-0,2%). Wie beim Bund hat sich auch bei den Ländern das Volumen der Kassenverstärkungskredite deutlich erhöht, es belief sich am 31. Dezember 2008 auf 3,2 Mrd. Euro gegenüber 2,4 Mrd. Euro am 31. Dezember 2007.

Kommunale Haushalte

Die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) gaben im Jahr 2008 in Deutschland insgesamt 167,5 Mrd. Euro aus, was einem Zuwachs von 4,2% gegenüber dem Vorjahr entspricht (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der kommunalen Haushalte

Ausgaben ¹⁾ /Einnahmen ¹⁾ / Schulden	2008 ²⁾	2007	Veränderung
	Mill. EUR		%
Ausgaben	167 492	160 710	+4,2
darunter:			
Personalausgaben	42 294	40 534	+4,3
Laufender Sachaufwand	34 513	32 959	+4,7
Zinsausgaben	5 158	5 114	+0,9
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ³⁾	40 508	37 829	+7,1
Soziale u. ä. Leistungen	38 699	37 579	+3,0
Sachinvestitionen	20 851	20 001	+4,2
Baumaßnahmen	15 839	15 422	+2,7
Erwerb von Sachvermögen	5 012	4 579	+9,5
Darlehensgewährungen	483	392	+23,0
Erwerb von Beteiligungen	1 073	1 048	+2,4
Einnahmen	174 900	169 303	+3,3
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben	70 431	66 312	+6,2
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	8 497	9 551	-11,0
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ³⁾	87 380	82 406	+6,0
Gebühren u. ä. Entgelte	15 728	15 864	-0,9
Veräußerung von Beteiligungen	558	1 101	-49,3
Finanzierungssaldo ⁴⁾	7 420	8 606	X
Nettokreditaufnahme	-2 962	-2 531	X
Schuldenaufnahme	7 267	8 134	-10,7
Schuldentilgung	10 228	10 665	-4,1
Stand der Schulden am 31. Dezember			
Kreditmarktschulden	76 461	79 008	-3,2
Kassenverstärkungskredite ⁵⁾	29 688	28 415	+4,5

1) Bereinigte Ausgaben/Einnahmen. – 2) Teilweise geschätzt. – 3) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 4) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 5) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe.

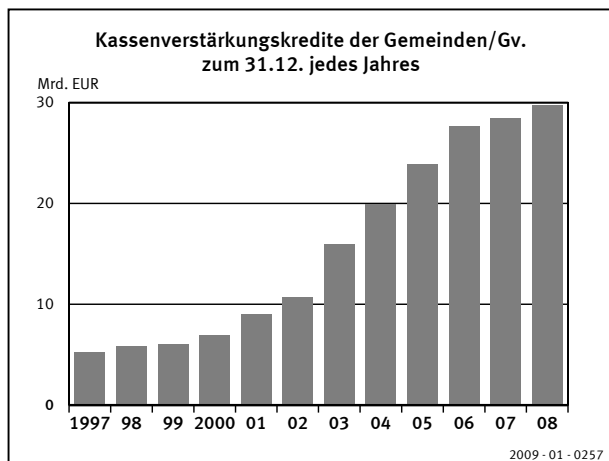
Dabei stiegen die kommunalen Ausgaben für den laufenden Sachaufwand (Bauunterhaltung, Ausrüstungsgegenstände, Mieten und Pachten) um 4,7% auf 34,5 Mrd. Euro. Die Tarifabschlüsse des Jahres 2008 schlugen sich auf kommunaler Ebene bei den Personalausgaben mit einer Steigerung von 4,3% auf 42,3 Mrd. Euro nieder. In den neuen Ländern fiel die Zunahme der Personalausgaben mit 6,9% höher aus als im früheren Bundesgebiet (+3,8%). Die Aufwendungen für Sachinvestitionen nahmen um 4,2% auf 20,9 Mrd. Euro zu. Bei den kommunalen Baumaßnahmen ergab sich allerdings lediglich ein Plus von 2,7% auf 15,8 Mrd. Euro; der Zuwachs resultiert aus einer Steigerung von 4,7% im früheren Bundesgebiet, in den neuen Ländern waren die Bauausgaben um 4,6% rückläufig. Gemäßigt war die Zunahme bei den Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen (+3,0% auf 38,7 Mrd. Euro). Vergleichsweise gering fiel die Veränderung bei den Zinsausgaben um +0,9% auf 5,2 Mrd. Euro aus.

Die kommunalen Einnahmen beliefen sich im Jahr 2008 auf 174,9 Mrd. Euro (+3,3% gegenüber 2007). Dies lag insbesondere am weiterhin kräftigen Zuwachs der Steuereinnahmen der Gemeinden um 6,2% auf 70,4 Mrd. Euro. Im Vorjahresvergleich wiesen die Gemeinden des früheren Bundesgebiets jedoch nur einen Zuwachs von 5,2% bei ihren Steuereinnahmen auf, die Kommunen der neuen Länder hingegen verzeichneten eine dreimal so starke Steigerung von 15,9%. Zum Anstieg der Steuereinnahmen insgesamt trug besonders der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einem Plus von 13,0% auf 25,9 Mrd. Euro bei. Das Aufkommen der Gewerbesteuer nach Abzug der Gewerbesteuerumlage (netto) belief sich auf 31,1 Mrd. Euro und lag damit lediglich um 2,9% über dem Vorjahresniveau. Die Grundsteuereinnahmen lagen mit 9,5 Mrd. Euro leicht über dem Betrag des Vorjahres. Weiterhin deutlich war der Anstieg der Zuweisungseinnahmen (laufende und investive) um 5,4% auf 95,8 Mrd. Euro. Darunter erreichten die von den Ländern im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gezahlten Schlüsselzuweisungen 27,0 Mrd. Euro, sie lagen damit um 10,8% über dem entsprechenden Vorjahresbetrag. Die Einnahmen aus investiven Zuweisungen der Länder stiegen dagegen nur geringfügig um 0,5% auf 7,7 Mrd. Euro. Sowohl die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (-11,0% auf 8,5 Mrd. Euro) als auch die Einnahmen aus Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten (-0,9% auf 15,7 Mrd. Euro) waren rückläufig.

Aus der Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen errechnet sich für das Jahr 2008 ein kommunaler Finanzierungsüberschuss in Höhe von 7,4 Mrd. Euro. Im Jahr 2007 hatte sich ein Plus von 8,6 Mrd. Euro ergeben.

Die noch günstige Finanzentwicklung ermöglichte es den Kommunen, insgesamt per saldo 3,0 Mrd. Euro Schulden am Kreditmarkt zu tilgen (Nettotilgung). Dadurch reduzierte sich der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände zum Jahresende 2008 auf 76,5 Mrd. Euro nach 79,0 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2007. Dennoch nahmen die Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe weiter kurzfristige Kassenkredite in Anspruch; der Stand dieser kurzfristigen Verbindlichkeiten erreichte Ende 2008 eine

Schaubild 2



Höhe von 29,7 Mrd. Euro (31.12.2007: 28,4 Mrd. Euro; siehe auch Schaubild 2).

Mit Beginn des Jahres 2008 hat sich die Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts verstärkt auf Liefertermine und Qualität der finanzstatistischen Ergebnisse ausgewirkt. Die Umstellung zahlreicher Gemeinden und Gemeindeverbände auf das doppelte Rechnungswesen hat zu Verzögerungen bei den Datenlieferungen und zu Vergleichsstörungen bzw. Einschränkungen bei der Aussagefähigkeit der Ergebnisse geführt. Die Gründe hierfür liegen insbesondere in ungeklärten Zuordnungsfragen und Problemen bei der Softwareeinführung bis hin zum Ausfall kompletter Berichtseinheiten. Die statistischen Ämter sind intensiv bemüht, eine Verbesserung der Datenqualität zu erreichen, infolge der sukzessiven Umstellung auf das neue Rechnungswesen wird sich dieser Prozess aber noch über eine längere Zeit erstrecken.

Da die beschriebenen Umstände im besonderen Maße die Aussagefähigkeit der Quartalsdaten der vierteljährlichen Kassenstatistik beeinträchtigen, muss vorläufig auf eine Veröffentlichung dieser detaillierten Kommunalfinanzdaten verzichtet werden. [u](#)

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 2086
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- www.destatis.de/kontakt